

Coronavirus Der BaWü-Check – eine große Umfrage zum Schulleben in Zeiten der Pandemie



Kretschmann mahnt: Jeder Tag zählt

Der Ministerpräsident verteidigt die Beschlüsse mit der Kanzlerin.
Von Matthias Schiermeyer

Eindringlich wie wohl nie zuvor hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am frühen Mittwochabend die Menschen im Land angesprochen: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, es ist mir sehr bewusst, dass wir Ihnen mit diesen Maßnahmen sehr viel abverlangen“, sagte er in einer 13-minütigen, im Netz gesendeten Stellungnahme zu den Beschränkungen des öffentlichen Lebens, mit denen Bund und Länder die zweite Corona-Welle brechen wollen.

Andernfalls drohe jedoch die Kontrolle über das Virus verloren zu gehen. Es breite sich so diffus aus, dass man bei 75 Prozent der Ansteckungen nicht mehr genau nachvollziehen könne, wo sie entstanden seien. „Das bedeutet, wir können nicht mehr genau sagen, was die Infektionstreiber sind.“ Daher dürfe man sich nicht mehr allein auf Hygienekonzepte stützen.

Direkt rief er dazu auf, die Einschränkungen zu befolgen: „Eine Wirkung werden die Maßnahmen nur entfalten, wenn Sie sich an die Beschränkungen halten“, appellierte Kretschmann. „Entscheidend ist, dass Sie alle mitmachen.“ Alle sollten nicht notwendige Kontakte schon jetzt und nicht erst von Montag an vermeiden. „Es kommt auf jeden Tag an“, betonte er gleich zweimal, zeigte sich aber überzeugt: „Mit dieser nationalen Kraftanstrengung werden wir es schaffen, eine Gesundheitsnotlage in Deutschland zu verhindern.“

Die Liberalen befürchten eine „Fehlplanung“.

tät der Bundesländer im Norden, die niedrigere Infektionszahlen hätten als der Süden. „Alle haben an einem Strang gezogen, um einheitliche Regeln zu ermöglichen.“

An diesem Donnerstag will er in einer öffentlichen Sondersitzung des Landtagspräsidiums zu den Beschlüssen Stellung nehmen. Die Beratung (Beginn 14 Uhr) soll per Live-Streaming auf der Homepage des Parlaments übertragen werden. Zuvor hatte SPD-Fraktionschef Andreas Stoch eine Sondersitzung des Landtags für diesen Freitag verlangt. „Solch weitreichende Entscheidungen gehören in die Parlamente, vor allem, wenn so stark in Grundrechte eingegriffen wird“, forderte er.

Massive Kritik kam von den Liberalen: „Die Einschränkungen zeigen, dass die Regierungschefs aus dem bisherigen Verlauf der Krise nichts gelernt haben“, rügte FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke. Ignoriert würden die Erkenntnisse, wo große Infektionen zu verzeichnen seien. „Die Einschränkungen treffen die Falschen.“

Im Hotel- und Gaststättengewerbe seien Hygiene-, Abstands- und Nachverfolgungsregeln eingeführt worden und könnten überwacht werden. „Hier wird immer eine Branche zum Sündenbock gemacht, weil dies so bequem ist.“ Gleiches gelte für Konzert- und Veranstaltungsbesuche. Die Ergebnisse der vor kurzem eingeführten Einschränkungen würden nicht abgewartet, damit bestünde die Gefahr einer kompletten Fehlplanung, klagt der Liberale.

Europa

Frankreich im Lockdown

Mit Ausgangsbeschränkungen im ganzen Land verschärft Frankreich seinen Kampf gegen die zweite Welle der Corona-Pandemie. Die Beschränkungen sollen von Freitag an gelten, kündigte Staatschef Emmanuel Macron in einer Fernsehansprache an. Der 42-Jährige machte deutlich, dass die Beschränkungen weniger streng sind als im Frühjahr, als das öffentliche Leben des Landes weitgehend lahmgelegt wurde. So sollen die Schulen geöffnet bleiben. Bars und Restaurants müssen jedoch schließen. Die Maßnahmen sind zunächst bis zum 1. Dezember befristet. „Bleiben Sie so weit wie möglich zu Hause“, appellierte Macron an seine Landsleute. Macron machte deutlich, dass die Lage dramatisch ist. dpa

Kontakt

Politik und Baden-Württemberg
Telefon: 07 11/72 05-11 31
E-Mail: politik@stzn.de

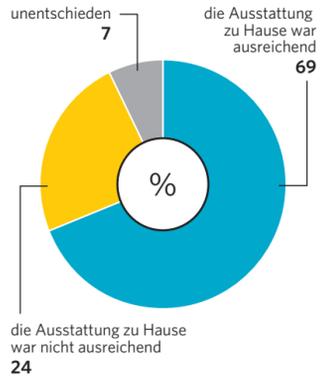
Schulen im Corona-Modus

Die Pandemie hat den kritischen Blick auf Defizite an den Schulen verschärft. Auch die Schulpolitik und die Kultusministerin kommen schlecht weg. Von Bärbel Krauß

UMFRAGEERGEBNISSE ZUR LAGE IN DEN SCHULEN

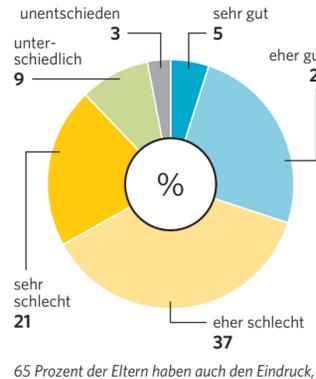
Die digitale Ausstattung ist eher das Problem der Schulen

„War Ihre eigene digitale Ausstattung für den Unterricht zu Hause ausreichend, oder war das nicht der Fall?“



Datenbasis: Eltern von Schulkindern in Baden-Württemberg
Grafik: Lange

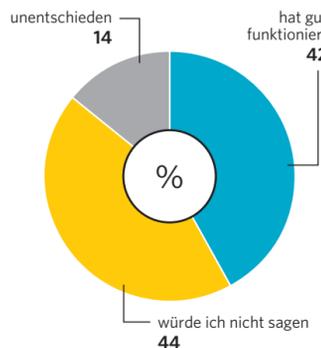
„Wie bewerten Sie die Ausstattung der Schule Ihres Kindes mit Computern und anderen digitalen Medien?“



65 Prozent der Eltern haben auch den Eindruck, dass sich die Ausstattung der Schulen in den letzten Monaten nicht verbessert hat.
Quelle: IfD-Allensbach

Homeschooling mit gemischter Bilanz

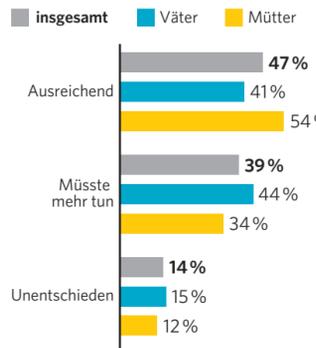
„Hat während der Hochphase der Corona-Krise der Schulunterricht Ihres Kindes bei Ihnen zu Hause alles in allem gut funktioniert?“



Datenbasis: Eltern von Schulkindern in Baden-Württemberg
Grafik: Lange

Bilanz der Schutzmaßnahmen

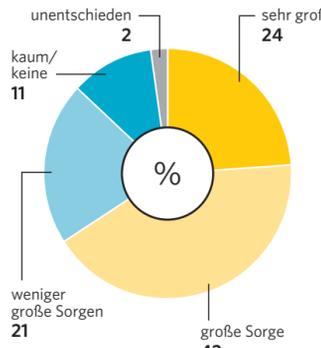
„Halten Sie die Vorsichtsmaßnahmen der Schule Ihres Kindes zum Schutz vor Corona alles in allem für ausreichend, oder müsste die Schule mehr tun?“



Datenbasis: Eltern von Schulkindern in Baden-Württemberg
Grafik: Lange

Zweifel an der Verlässlichkeit

„Wie groß ist Ihre Sorge, dass Ihr Kind kurzfristig nicht mehr zur Schule oder in die Betreuungseinrichtung gehen kann?“



Datenbasis: Eltern mit Kindern in Schule/Betreuungseinrichtung
Grafik: Lange

Unzufriedenheit mit der Schulpolitik

„Wie bewerten Sie das Krisenmanagement des Landes an Schulen in der Coronakrise?“



Datenbasis: 1000 Befragte ab 18 Jahre in Baden-Württemberg
Grafik: Lange

UMFRAGE DER TAGESZEITUNGEN

Thema Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollen 78 Tageszeitungen im Land in einer gemeinsamen Umfrage – dem BaWü-Check – genauer wissen. Deshalb fragen sie ab jetzt im Monatsrhythmus nach.

Institut Die Daten erhebt das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). Es befragt jeweils mehr als 1000 Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. StZ

scheint der Schule ihrer Kinder, ausreichende Schutzkonzepte umgesetzt zu haben. 39 Prozent finden, da müsste mehr getan werden. Nur 18 Prozent der befragten Bürger und ein Viertel der befragten Eltern finden zum Beispiel, dass die Einhaltung der Maskenpflicht an den Schulen ausreichend kontrolliert wird.

Gibt es überraschende Unterschiede in der Bewertung?

Während die Eltern und die Gesamtbevölkerung in den Urteilen über Schule ziemlich nah beieinander liegen, hat der BaWüCheck deutliche Unterschiede zwischen Müttern und Vätern zutage gefördert. Während 54 Prozent der Mütter die Hygienevorkehrungen für ausreichend halten, tun das nur 41 Prozent der Väter. 34 Prozent der Mütter finden, da müsste mehr getan werden – unter den Vätern sind es 44 Prozent.

Dass es wegen Corona vermehrt Probleme an den Schulen gab und gibt, trübt das Urteil über dieses Politikfeld. Diese Beobachtung macht das IfD nicht nur in Baden-Württemberg. Die Meinungsforscher sehen dies vielmehr als bundesweites Phänomen an. Strikt vergleichbare Untersuchungen gibt es aber nicht. Ob die 24-Punkte-Differenz in der Zufriedenheit mit der Landespolitik im Allgemeinen und der Schulpolitik im Speziellen im Südwesten eher normal oder ungewöhnlich ist, lässt sich aus den vorliegenden Daten nicht herauslesen.

Welche Noten bekommt Kultusministerin Susanne Eisenmann?

Die Kritik am Schulleben während der Pandemie prägt das Urteil über Baden-Württembergs Kultusministerin und CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann. Sie bekommt in dieser Umfrage ausgesprochen schlechte Zensuren. Zu einer guten Meinung über die 55-jährige Christdemokratin, die Winfried Kretschmann als Ministerpräsident bei der nächsten Landtagswahl ablösen will, bekannten sich bei dieser Umfrage lediglich zehn Prozent der Befragten insgesamt und 14 Prozent der befragten Eltern. Keine gute Meinung haben 39 Prozent der Eltern und 30 Prozent der befragten Bürger.

Nach vier Jahren als Kultusministerin im Südwesten und elf Jahren als Schulbürgermeisterin in der Landeshauptstadt Stuttgart ist Eisenmann für die Mehrheit der Baden-Württemberger immer noch ein fast oder ganz unbeschriebenes Blatt: Einem Drittel der Bürger ist die CDU-Frau mit dem Willen zur Macht noch völlig unbekannt. Weitere 28 Prozent der Befragten kennen sie bisher so wenig, dass sie sich kein Urteil über sie zutrauen. 23 Prozent der befragten Eltern kennen sie noch nicht, 24 Prozent haben sich noch keine Meinung über sie gebildet.

Schulschließungen – bloß nicht noch einmal

Seit nicht nur Baden-Württemberg, sondern ganz Deutschland dabei ist, sich mit rasant steigenden Infektionszahlen zu einem flächendeckenden Corona-Hotspot zu entwickeln, wächst die Sorge, dass es im Zuge durchschlagender Verordnungen zum Schutz vor dem Virus auch wieder zu weit gefächerten Schul- und Kitaschließungen kommen könnte. Der Blick zurück zum Shutdown der Schulen von Mitte März bis nach den Pfingstferien und der anschließende Wechsel zwischen Präsenz- und Fernunterricht zeigt aber deutlich, dass ein großer Teil der Eltern im Südwesten darauf lieber verzichten würde.

Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat bei der Erhebung zum BaWü-Check ausdrücklich gefragt, wie wichtig es den Bürgern ist, „dass auch in Krisenzeiten eine verlässliche Betreuung von Kindern in Schulen und Betreuungseinrichtungen gewährleistet wird“. Überwältigende 92 Prozent der befragten Väter und Mütter haben das als sehr wichtig (58 Prozent) oder wichtig (34 Prozent) eingestuft. „Die Phase, in der die Schulen geschlossen waren, hat vielen Eltern noch einmal

42 Prozent der Eltern sind mit Fernunterricht gut klargewonnen. An Schule und Lehrern gibt es trotzdem reichlich Kritik. Von Bärbel Krauß

Bedeutung eines funktionierenden Regelbetriebs vor Augen geführt“, schreiben die Demoskopiker vom Bodensee dazu in ihrer Analyse.

Nach ihren Erfahrungen mit Fernunterricht und Schulschließungen haben die Meinungsforscher explizit die Eltern unter den tausend baden-württembergischen Umfrageteilnehmern gefragt.

Ihr Urteil ergibt ein gemischtes Bild. 42 Prozent der Eltern sind zwar überzeugt davon, dass der Fernunterricht bei ihnen zu Hause im Großen und Ganzen gut funktioniert hat. Aber ein etwas größerer Anteil von 44 Prozent hat bei der Befragung bekannt, dass er nicht gut mit der Situation damals zurechtgekommen ist. Weitere 14 Prozent sind unentschieden.

Interessant ist, dass die Umfrageteilnehmer bei dieser Frage zum Homeschooling ihre eigenen Fähigkeiten im Umgang mit der Situation in ihre Bewertung mit einfließen lassen konnten. Weitere Fragen

der Meinungsforscher zielten dagegen allein auf den Beitrag der Schulen selbst.

Dabei geben die befragten Bürger aus dem Land sowohl den Lehrern als auch der technischen Infrastruktur schlechte Noten. Nur gut ein Viertel der Eltern (26 Prozent) bezeichnete die Unterstützung durch die Lehrer als ausreichend. 29 Prozent ließen die Pädagogen ganz durchfallen und erklärten deren Leistungen in der Zeit des Fernunterrichts gleich als „unzureichend“. Nur 18 Prozent der Eltern halten die Digitalkenntnisse der Lehrer für ausreichend, während 68 Prozent vom Gegenteil überzeugt sind.

Die größte Gruppe unter den Befragten schert die Lehrer ihrer Kinder allerdings nicht alle über einen Kamm, sondern gibt ein differenziertes Urteil ab: 39 Prozent haben mit Lehrern sehr unterschiedliche

Erfahrungen während des Homeschoolings gemacht. Das sei vom jeweiligen Lehrer und auch von der Schule abhängig gewesen, bekannten sie.

Für ein wirtschaftsstarkes und an Steuereinnahmen relativ reiches Land wie Baden-Württemberg ist es problematisch, dass die Bürger die eigene technische Ausstattung zu Hause besser bewerten als die Digitalinfrastruktur der Schulen. 69 Prozent der Eltern sehen in ihrer heimischen Ausrüstung mit Computern und Internetzugang kein Problem für den Fernunterricht am Computer.

Dagegen hält deutlich mehr als die Hälfte der Befragten die Schule ihrer Kinder technisch nicht für satisfaktionsfähig: 21 Prozent schätzen die Digitalausstattung dort als sehr schlecht und weitere 37 Prozent als schlecht ein. Nur 30 Prozent der Eltern halten die Schule ihrer Kinder für gut ausgestattet. Das Fazit der Demoskopiker: „Der oft beschworene Digitalisierungsschub durch Corona scheint die Schulen bisher nur begrenzt erreicht zu haben.“

Nur 18 Prozent halten die Digitalkenntnisse der Lehrer für ausreichend.